



Antrag

der Fraktion der SPD

Europaweiter Ausstieg aus der Atomenergie

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landes- und Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass der EURATOM-Vertrag aufgekündigt wird.

Da die Europäische Kommission im März 2011 beschlossen hat, die Finanzierung des EURATOM-Rahmenprogramms bis 2013 zu verlängern, schlagen wir vor, bis zu diesem Zeitpunkt den EURATOM-Vertrag in folgenden Punkten umgehend zu ändern:

- Ergänzung des Art. 1 des Vertrages um die Verpflichtung zum Atomausstieg und
- Umwidmung der EU-Mittel für das EURATOM-Rahmenprogramm in die vorrangige Förderung der Forschung über Ausstiegsszenarien aus der Atomenergie.

Zudem fordern wir, dass

- die vom Europäischen Rat beschlossenen Stresstests für europäische Atomkraftwerke verbindlich vorgeschrieben und die Ergebnisse veröffentlicht werden,
- umgehend Strategien für den Ausstieg aus der Atomenergie entwickelt werden,
- der Anteil erneuerbarer Energiequellen in Europa mit entsprechenden Investitionen in geeignete Netz- und Lagerinfrastrukturen erhöht wird.

Begründung:

Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima/Japan hat die Debatte über die Nutzung der Kernkraft auch innerhalb der EU neu begonnen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, eines der zentralen Instrumente zur Förderung der Kernenergie in Europa abzuschaffen bzw. bis zu seiner Aufkündigung in wichtigen Punkten zu verändern. Zudem müssen verbindliche Richtlinien für den weiteren Ausstieg aus der Kernenergie aufgestellt und umgesetzt werden. Der Europäische Rat hat am 25. März 2011 u.a. beschlossen, die Atomkraftwerke in der EU sog. „Stresstests“ zu unterziehen. Wir sprechen uns hier für größtmögliche Verbindlichkeit und Öffentlichkeit aus.

Rolf Fischer
und Fraktion